

Bericht der Offensive zur Gemeindevertretersitzung am 27.06.2019

In der Gemeindevertretersitzung am 09.05.2019 ging es um die Abschaffung der Straßenbeiträge. Hierzu hatte die Offensive in der Gemeindevertretersitzung am 27.06.2019 eine Nachfrage. An dieser Stelle möchten wir nochmal auf die Problematik der Straßenbeiträge eingehen. Sicher wäre es besser, wenn die Straßenbeiträge abgeschafft werden. Sicher wäre es auch gerechter, wenn alle Bürger hierfür bezahlen. Aber die Kommunen müssen sich das auch leisten können.

Die Diskussion hinsichtlich der Straßenbeiträge wurde doch zur Landtagswahl letztes Jahr forciert. Also ein landespolitisches Thema. Aber entschieden werden und vor allen Dingen bezahlt werden soll es auf der kommunalen Ebene, also ganz unten.

Straßenbeiträge, wie sie hier in Schauenburg aktuell erhoben werden, gründen sich auf eine seit Jahren bestehende Satzung. Und wenn die aufgehoben wird, entsteht ein finanzielles Loch in Höhe von ca. 400.000,- €. Und das müssen wir als Kommune stopfen.

Woher bezieht eine Kommune ihre Einnahmen. Neben den lediglich kostendeckenden Gebühren nur aus den Zuweisungen und den kommunalen Steuern, das sind Spielapparatesteuer, Hundesteuer, Gewerbesteuer und Grundsteuer. Hier in Schauenburg haben wir die Spielapparatesteuer und Hundesteuer voll ausgereizt. Die Gewerbesteuer haben wir vor 2 Jahren erhöhen müssen und die Grundsteuer seit 2012 schon fünfmal. Und wir prophezeien, dass die Gemeinde in naher Zukunft wieder gezwungen sein wird, auf Steuererhöhungen zurückzugreifen, wenn man sich die Situation im Landkreis und die Situation der Zuweisungen so anschaut.

Wir in Schauenburg haben auch nicht eine solche Gestaltungsmöglichkeit, wie das Land. Die sind da freier und können wie z.B. beim kommunalen Investitionsprogramm 90 % der Zinsen und Tilgung aus diesem Programm übernehmen, aber 100 % der Schulden bei den Kommunen verbuchen.

Wir hatten also zu entscheiden, ob die Straßenbeitragssatzung beibehalten oder abschafft wird. Als Alternative kamen die sogenannten wiederkehrenden Straßenbeiträge in Betracht. Nachdem wir uns aber hier in einer interfraktionellen Sitzung den Rat eines Fachmanns für Verwaltungsrecht eingeholt hatten, wurden schnell klar, dass dieses Modell für Schauenburg nicht praktikabel ist.

Mit entscheidend war aber auch die Änderung des kommunalen Abgaberechtes. So ist es jetzt möglich, dass eine Ratenzahlung bis zu 20 Jahren vereinbart werden kann. Diese Möglichkeit, die Gebühren in Raten bis zu 20 Jahren zu bezahlen, mildert die Härtefälle, führt aber auch zu finanziellen Belastungen der Gemeinde.

An dieser Stelle stellt sich doch die Frage, warum bei sprudelnden Steuereinnahmen in den letzten Jahren die finanzielle Ausstattung der Kommunen so schlecht ist? Warum werden die Kommunen durch das Land nicht ausreichend finanziert? In der Gemeindevertretung sitzen doch auch Parteien, die im Bund und Land vertreten sind. Warum werden die berechtigten Forderungen der Kommunen auf angemessene Finanzierung ignoriert? Warum machen die etablierten Parteien nicht Druck auf die Landesregierung? Fragen, die wir leider nicht beantworten können.

Fazit:

Aufgrund unserer angespannten Finanzlage haben wir von der Offensive gegen die Abschaffung der Straßenbeiträge gestimmt. Nicht, weil wir es nicht wollen, sondern weil es sich die Kommune einfach nicht leisten kann.

Im Übrigen hat unsere Anfrage an den Gemeindevorstand ergeben, dass die Kommunen aufgrund der geänderten rechtlichen Vorgaben im § 11 Abs. 12 des Kommunes Abgabengesetzes schlechter da stehen als vor der Änderung. Denn es kann eine Ratenzahlung von 20 Jahren geleistet werden, aber die Kommunen müssen diesen Ausfall meist per Kredit finanzieren und hierfür gibt es keine Zins- oder Tilgungszuschüsse. Also tragen diese finanziellen Belastungen eindeutig die Kommunen. Wie immer, oben wird thematisiert, unten muss es bezahlt werden.